

Eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» und indirekter Gegenvorschlag

Worum geht es?

Die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» will jede Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht, verbieten. Werbung, die ausschliesslich Erwachsene erreicht, soll weiterhin erlaubt sein. Lanciert wurde die Initiative von der Allianz «Gesunde Schweiz». Diese setzt sich aus diversen Gesundheitsverbänden, darunter beispielsweise die Lungenliga, Swiss Olympic oder die Krebsliga Schweiz zusammen.

Der indirekte Gegenvorschlag

Bundesrat, Nationalrat und Ständerat lehnen die Volksinitiative mehrheitlich ab und sind der Ansicht, dass diese zu weit geht. Sie haben allerdings mit der Änderung des Tabakproduktegesetzes einen indirekten Gegenentwurf zur Initiative entwickelt, der wesentliche Punkte der Initiative übernimmt. So soll ein Werbeverbot in Kinos und im öffentlichen Raum eingeführt werden. Auch soll Tabakwerbung im Internet und in der Presse verboten werden, wenn sie sich ausschliesslich an Minderjährige richtet.

Das sagen die Befürworter der Volksinitiative

Mehrheit beginnt als Minderjährige mit Rauchen

In der Schweiz sterben jedes Jahr rund 9'500 Menschen an den Folgen des Rauchens. Untersuchungen zeigen, dass 57% der Rauchenden als Minderjährige mit dem Tabakkonsum beginnen. Studien belegen, dass Jugendliche, welche häufig mit Werbung in Kontakt kommen, eher mit dem Rauchen beginnen.

Werbung der Hersteller spricht gezielt Jugendliche an

Die Hersteller sichern sich Einfluss und Aufmerksamkeit als Sponsoren von Partys, Open-Airs und Konzerten. Die jugendlichen Besucherinnen und Besucher erleben die Firmen als Kultur-Förderer und Wohltäter und bekommen ein positives Bild der gesundheitsschädlichen Tabakprodukte.

Hohe soziale Kosten verringern

Der Tabakkonsum verursacht in der Schweiz jährlich soziale Kosten von 4 Milliarden Franken in Form von Produktionsausfällen aufgrund von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und vorzeitigen Todesfällen. Diese Kosten sind um ein Vielfaches höher, als der Werbewirtschaft und Veranstaltern durch konsequente Werberichtlinien, wie es die Initiative will, entgehen würden.

Das sagen die Befürworter des indirekten Gegenvorschlags

Wesentliche Punkte der Initiative werden übernommen

Wesentliche Punkte der Volksinitiative werden im indirekten Gegenvorschlag übernommen: Werbung auf Plakaten auf öffentlichem Grund, in Kinos, im ÖV und an Sportplätzen werden verboten. Noch weiter gehende Einschränkungen für Tabakwerbung stehen nicht mehr im Gleichgewicht zwischen der öffentlichen Gesundheit und den Interessen der Wirtschaft.

Einschränkungen beim Sponsoring für Veranstaltungen mit minderjährigem Publikum

Auch beim Sponsoring soll es neu starke Einschränkungen geben: Der indirekte Gegenvorschlag verbietet Sponsoring für Veranstaltungen in der Schweiz, wenn diese internationalen Charakter haben oder auf ein minderjähriges Publikum abzielen.

Möglichkeit für strengere Werbevorschriften durch Kantone

Die Kantone können mit dem indirekten Gegenvorschlag zudem weiter gehen und strengere Werbe-, Sponsoring- und Verkaufsförderungsvorschriften erlassen als der Bund.

Empfehlung

Der Nationalrat empfiehlt die Volksinitiative mit 101 zu 88 Stimmen bei 7 Enthaltungen abzulehnen und den indirekten Gegenvorschlag anzunehmen. Die Mitte stimmte dabei mit 23 Stimmen zu 2 bei 2 Enthaltungen. Der Ständerat empfiehlt die Volksinitiative mit 29 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung abzulehnen und den indirekten Gegenvorschlag anzunehmen. Die Mitte stimmte dabei mit 12 Mitte-Stimmen bei 1 Enthaltung dafür, die Volksinitiative abzulehnen und den indirekten Gegenvorschlag anzunehmen.